

"West-Union - eine Dritte Kraft?" in Frankfurter Rundschau (31. Januar 1948)

Quelle: Frankfurter Rundschau. Unabhängige Tageszeitung. 31.01.1948, Nr. 13; 4. Jg. Frankfurt/Main: Frankfurter Rundschau GmbH. "West-Union - eine Dritte Kraft?", p. 1.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Rundschau GmbH

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"west_union_eine_dritte_kraft_"_in_frankfurter_rundschau_31_januar_1948-de-9b2e8a02-4f5d-4f48-b946-f776a13c8591.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

West-Union — eine Dritte Kraft?

Von unserem Londoner E.-M.-Korrespondenten

LONDON, Ende Januar. Politische Wendepunkte werden von vielen zeitgenössischen Beobachtern als solche empfunden, aber die von ihnen ausgehenden neuen Tendenzen — werden nur von wenigen klar erkannt. Das ist eine psychologisch-historische Erfahrungstatsache. Sie ist auch diesmal zu verzeichnen: daß die zweitägige außenpolitische Debatte im englischen Unterhaus zur praktisch einstimmigen Annahme einer neuen britischen Außenpolitik führte, war bereits am Morgen nach der Debatte in der gesamten Weltpresse zu lesen. Aber, was diese neue britische Außenpolitik bedeutet, was ihr Kern ist, welches ihre wirklichen Ziele sind, darüber beginnt sich erst jetzt, aus der wachsenden Distanz heraus größere Klarheit zu verbreiten.

Der erste grobe Eindruck der Bevin'schen Erklärungen über die nunmehrigen Standpunkte der britischen Regierung gegenüber der internationalen Lage war der einer fast bedingungslosen Annäherung an die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Der Traum „Einer Welt“, der mit Wendell Willkies Buch in Amerika begann, aber dort früher zu Ende geträumt worden war als anderswo — war auch für die bislang an ihm festhaltende friedensdurstige britische Mentalität zu Ende und durch die harte Erkenntnis der existierenden zwei Welten mit gegensätzlichen Ideologien und Machtinteressen ersetzt.

Die Labour-Mehrheit des Unterhauses folgte ihrem Außenminister, weil sie aus unzähligen Einzelgeschichten der letzten Monate und Wochen die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen demokratischem Sozialismus und dem Kommunismus sowjetischer Prägung erkannt hatte. Der Weg fiel manchem Labour-Abgeordneten nicht leicht. Es war kein Zufall, daß viele von ihnen an der Debatte nicht teilnahmen, und die schwere dumpfe Atmosphäre, in der sich die Debatte vollzog, verriet nur allzu deutlich das Unbefinden derer, die sprachen.

Der Opposition fiel das Einschwenken in die neue politische Linie viel leichter. Für sie war es eine erwünschte, naturgemäße Entwicklung. Churchill konnte mit Recht darauf hinweisen, daß er diesen politischen Kurs bereits vor nahezu zwei Jahren in seiner Fulton-Rede vorgezeichnet habe.

Wenn auch mit einem verschiedenen Grad der Emphase unterstützten also Regierungsmehrheit und Opposition, was zweifellos ein Hauptmerkmal der neuen britischen Politik ist: nämlich die Entschlossenheit, in engstem Verbund mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika, allen weiteren sowjetischen Expansionen ideologischen oder gar direkt machtpolitischen Charak-

same angloamerikanische Politik eine Rückgängigmachung bereits erfolgter, aber der international rechtlichen Grundlagen noch entbehrender Expansionen sich zum Ziele machen wird, ging aus der Unterhausdebatte nicht schlüssig hervor. Churchill machte zwar die inhaltsschwere Bemerkung von der „asiatischen Grenze an der Elbe“, die „keinen dauernden Frieden in Europa“ gestatte, und es war auch kaum völlig bedeutungslos, daß Bevin seine Erklärungen mit einem Hinweis auf die Konferenz von Yalta und die unter den damaligen Verhältnissen angemessen erscheinenden Zugeständnisse an die Sowjetunion begann. Die Wege zu einer Revision des bereits Eingetretenen sind also von beiden Seiten offengehalten.

Die britische Außenpolitik hat sich entschlossen, nicht als eine europäische Vormacht, nicht nach „Führermethoden“, sondern nach demokratischen Prinzipien einem engeren Zusammenschluß der freien Staaten Europas die Wege zu weisen. Nicht mit der Außenpolitik Amerikas, sondern mit Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland und allen übrigen, zustimmungsbereiten Staaten Europas möchte sich die britische Außenpolitik in die Aufgabe teilen, zu schaffen, was Bevin die „Western Union“ nannte.

Die britische Konzeption beschränkt sich also nicht darauf, dem Marshall-Plan — so hat man es bereits ausgedrückt — eine Art „Seele einzubauhen“. Sie überschreitet die Dimensionen des Marshall-Planes beträchtlich. Sie beabsichtigt die Schaffung einer „Dritten Welt“.

Das Entstehen einer dritten Welt — das leuchtet ohne weiteres ein — führt automatisch eine „troisième force“ in das gegenwärtige, machtpolitische Gegeneinander der beiden existierenden Welten ein. Darüber sind keine weiteren Worte zu verlieren.

Aber die dritte Welt mag sehr wohl zu einer troisième force in einem weiteren, noch wichtigeren Sinne werden: zur „Western Union“, zur dritten Welt, sollen nach Bevin's Vorschlag weite unentwickelte Gebiete außerhalb Europas gehören. Ihre Entwicklung könnte in der wünschenswerten Eile nur mit planwirtschaftlichen Methoden erfolgen. Dies und der gesamte Aufbau der „Western Union“ würde der „Dritten Welt“ eine politische, wirtschaftliche und soziale Struktur geben müssen, die zwischen dem „Laissez Faire“ und dem Individualismus Amerikas und dem totalitären Kollektivismus der Sowjetunion steht und der demokratisch-sozialen Linie folgt.